



HESSISCHER LANDTAG

14. 08. 2018

Plenum

Entschließungsantrag der Fraktion der SPD

betreffend Schlussbilanz: 19 Jahre CDU-Verantwortung in Hessen schaden dem Wirtschaftsstandort Hessen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass 19 Jahre CDU-Verantwortung in Hessen dem Wirtschaftsstandort Hessen schaden. Das ist nicht zuletzt eindrücklich durch ein Gutachten der deutschen Wirtschaft im Auftrag der hessischen Unternehmerverbände e.V. belegt worden. Die Studie hat ermittelt, dass der Abstand von Hessen zu Bayern und Baden-Württemberg bei allen Kenngrößen zur Bewertung eines Wirtschaftsstandortes immer größer wird. Hessen fällt in vielen Bewertungen in das Mittelfeld der Bundesländer zurück. Insbesondere die Dynamik in der Wirtschaftsentwicklung ist in Hessen seit 2010 im Vergleich zu anderen Bundesländern deutlich geringer. Die Weiterentwicklung des Industriestandortes Hessen wird von der CDU-geführten Landesregierung seit Jahren vernachlässigt. Die SPD-Landtagsfraktion fordert ein gemeinsames Zukunftsbündnis Industrie Hessen bestehend aus Unternehmen, Gewerkschaften, Staat und Wissenschaft.
2. Der Landtag stellt fest, dass notwendige Entscheidungen und Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Finanzen in den letzten 19 Jahren CDU-Regierung nicht getroffen bzw. umgesetzt wurden. Die IW-Studie bemängelt zu Recht auch den hohen Schuldenstand von Land und Kommunen in Hessen. Hessen hat bei der Schuldenentwicklung seit 2011 schlechter abgeschnitten und in den letzten sechs Jahren einen deutlich stärkeren Schuldenzuwachs als der Durchschnitt der Flächenländer verzeichnet. Die CDU hat in ihrer Amtszeit die Schulden in Hessen fast verdoppelt und zudem durch Immobilienverkäufe in Milliardenhöhe und Privatisierungen die Haushaltslage geschönt und erhebliche Folgekosten ausgelöst. Die hessischen Kommunen stecken weiterhin in einem tiefen Schuldental, so zeigt eine Untersuchung des Hessischen Städtetags, dass der kommunale Schuldenstand in Hessen trotz Schutzschirm vom Jahr 2011 zum Jahr 2016 um 529 € pro Einwohner gestiegen ist. Nur den saarländischen Kommunen erging es noch schlechter. Mit dem sogenannten Schutzschirm wurden nicht einmal annähernd die kommunalen Defizite in Höhe von rund 7 Mrd. € aufgefangen, die zwischen 2011 und 2015 wegen der mangelhaften Finanzausstattung der hessischen Kommunen durch das Land entstanden sind. Verheerend ist zudem der Rückgang der kommunalen Investitionen in Hessen. Sie fielen von 2,23 Mrd. € (2010) auf 1.47 Mrd. € (2016), also um rund 760 Mio. € und somit rund ein Drittel. Die neuste IW-Studie zeigt, dass Hessens Kommunen die größten Investitionslücken aller Länder aufweisen, sie werden als "völlig unzureichend" bezeichnet, zudem wird durch die ausbleibenden Investitionen eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung als gefährdet angesehen. Hessens Kommunen brauchen mehr Mittel für Investitionen und echte Hilfe beim Abbau der Altschulden.
3. Der Landtag stellt fest, dass notwendige Entscheidungen und Maßnahmen bei der Verkehrsinfrastruktur in den letzten 19 Jahren CDU-Regierung nicht getroffen bzw. umgesetzt wurden. So überrascht es auch nicht, dass laut der Studienergebnisse 68,7 % der Befragten durch Probleme im Straßenverkehr negativ beeinflusst sind. Bei einem Vergleich der Befragungsergebnisse 2013 und 2018 stellen die Verfasser der Studie sogar eine deutliche Verschlechterung der Lage fest. Vor allem der Logistikstandort Hessen ist von der schlechten Infrastruktur in seiner Geschäftstätigkeit betroffen. Das kann nicht verwundern, da Hessen das Land des Staus und des Stillstandes ist, schließlich standen die Hessinnen und Hessen 2017 126.000 km im Stau, dreimal um die Erde.

In der Studie wird angemahnt, dass der Wertverlust der Landesstraßen steigt, wenn die Politik nicht umsteuert und endlich mehr in den Landesstraßenbau investiert wird. Hessens Investitionsstau bei der Verkehrsinfrastruktur ist erheblich. Die hessischen Straßen und Schienen sind in den letzten 19 Jahren auf Verschleiß gefahren worden. Fast die

Hälfte der Straßen und Brücken im Land ist in einem schlechten oder sehr schlechten Zustand.

Laut Studie sind vom letzten Bundesverkehrswegeplan nur 24 anstatt der vorgesehenen 87 Kilometer Autobahn neu gebaut worden und es wurde nur um 17 Kilometer anstatt der geplanten 107 Kilometer erweitert.

Der Landtag stellt fest, dass gerade in diesem Zusammenhang der Umgang mit Hessen Mobil als zuständige Landeseinrichtung deutlich macht, wie sehr in 19 Jahren unter CDU-Führung die Infrastrukturpolitik auf Sicht ausgerichtet war. Der Personalabbau in der Behörde führt dazu, dass diese wichtigen Projekte nicht geplant und fortgesetzt werden können. Infrastrukturfragen brauchen aber eine Politik der langen Linie. Es gilt Sanierung vor Neubau, aber nicht Sanierung statt Neubau. Planungs- und Bauzeiten müssen beschleunigt werden, das ist eine Frage der Verfahrensoptimierung und der personellen Ressourcen. Darüber hinaus muss es ein effektiveres Baustellenmanagement geben. Hessen ist zu zurückhaltend bei Nacht- und Wochenendbaustellen und nutzt damit Chancen für eine Verkürzung von Baustellen nicht in ausreichendem Maße.

Der Schienenpersonennahverkehr ist an der Belastungsgrenze. Hessen verfügt über die höchste Auslastung bzw. Überlastung auf den großen Fernverkehrsstrecken, die das Land durchqueren. Auch die Auslastung des S-Bahnnetzes ist im Vergleich zu anderen S-Bahn-Netzen sehr hoch. Die CDU hat hier aber weder mutige Entscheidungen getroffen noch zukunftsichere Planungen vorgelegt. Die CDU-geführten Landesregierungen hatten und haben keine Ideen für eine moderne und innovative ÖPNV-Politik in Hessen.

4. Der Landtag stellt fest, dass notwendige Entscheidungen und Maßnahmen auf dem Wohnungsmarkt in den letzten 19 Jahren CDU-Regierung nicht getroffen bzw. umgesetzt wurden. Hochschulstandorte und die Ballungsräume im Gesamten erleben ein massives Bevölkerungswachstum. Bis 2035 wird ein Netto-Zuwachs von 160.000 Menschen in Hessen mit Schwerpunkt auf die Ballungsräume erwartet. Gleichzeitig fehlt es am Neubau von Wohnungen. In den meisten südhessischen Regionen gibt es einen starken Wohnungsmangel. In negativer Hinsicht nimmt die Universitätsstadt Darmstadt den Spitzenplatz ein - hier sind nur knapp ein Drittel der zusätzlich erforderlichen Wohnungen geschaffen worden. Mit dem fehlenden Angebot steigen Mieten und Kaufpreise und werden weiter steigen. Die starke Nachfrage in den Städten führt zur Verdrängung insbesondere von Familien in die umliegenden Landkreise. In allen Landkreisen und kreisfreien Städten sind seit 2013 die Wiedervertragsmieten deutlich gestiegen, in 12 Landkreisen um mehr als 8 %. Ein großes Hemmnis für den Wohnungsbau liegt in der fehlenden Bereitstellung von Bauland. Planungskapazitäten fehlen, Planungszeiten sind zu lang. Insbesondere die Baulandausweisung ist zu beschleunigen. Für zusätzliche Entlastung angespannter Wohnungsmärkte muss der ländliche Raum aufgewertet und vor allem für Familien attraktiver gestaltet werden. Dazu müssen Stadt und Land verkehrlich besser verbunden werden. Es braucht einen attraktiven, verlässlichen und günstigen ÖPNV. Und es braucht Investitionen in die soziale Infrastruktur wie Krippen, Kindergärten und Schulen.
5. Der Landtag stellt fest, dass notwendige Entscheidungen und Maßnahmen im Bereich der Digitalisierung in den letzten 19 Jahren CDU-Regierung nicht getroffen bzw. umgesetzt wurden. Die Studie stellt fest, dass die Versorgung mit Breitband in Hessen regional sehr unterschiedlich ausfällt. Der ländliche Raum wird abgehängt - mit den damit einhergehenden Konsequenzen für die Unternehmen. Mehr als zwei Drittel der befragten Unternehmen stellen Beeinträchtigungen im Infrastrukturbereich Kommunikationsnetze fest. Es wird angemahnt, dass Unternehmen schnellen Zugang zu deutlich höheren Anschlüssen als 50 Mbit/s haben müssen. Es besteht also dringender Handlungsbedarf, den die SPD-Landtagsfraktion seit Jahren anmahnt. Hessen muss zum Vorreiter beim Ausbau der digitalen Infrastruktur in Deutschland werden. Denn der flächendeckende Zugang zu stabilen und schnellen Glasfaser-Breitbandanbindungen ist der Kern einer zukunftsfähigen Infrastrukturpolitik. Ein flächendeckendes Glasfasernetz bis ins Gebäude wird nämlich nicht nur den stationären Zugang zum digitalen Raum gewährleisten, sondern ist auch die Basis für das Ausrollen von 5G-Funknetzen, da jede Mobilfunk-Basisstation zur Weiterleitung des Datenverkehrs einen direkten Anschluss an ein Glasfasernetz benötigt. Eine digitale Spaltung zwischen städtischem und ländlichem Raum darf es nicht länger geben.

Wiesbaden, 14. August 2018

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel